

# Ägypten und die Europäische Nachbarschaftspolitik

## Über den Neoliberalismus zur Revolution

von Leonard Springmann

Beim folgenden Text handelt es sich um einen Auszug aus der IMI-Studie 2013/09: „Neoliberales Expansionsprojekt: Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) im südlichen Mittelmeerraum – das Beispiel Ägypten“. Der Auszug konzentriert sich auf die neoliberale EU-Politik im Vorfeld und unmittelbar nach dem Sturz Hosni Mubaraks und geht deshalb auf die jüngsten Ereignisse nur am Rande ein.

Ägypten unter Hosni Mubarak hatte mit schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen. Das politische System war geprägt durch starke Führungsfiguren, informelle Machtausübung und patriarchale Strukturen. Mubaraks Familie konzentrierte die politische und wirtschaftliche Macht auf sich und einen kleinen Kreis elitärer Gruppen: Militär, Polizei, Geheimdienste und einige Unternehmer.<sup>1</sup> Mubarak regierte seit 1981 über Notstandsgesetze, welche er nutzte, um jegliche politische Opposition und v.a. die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung zu verfolgen und zu unterdrücken.<sup>2</sup> Die repressive Politik stützte sich auf Polizei und Militär, sowie auf eine streng hierarchisch aufgebaute und äußerst korrupte Bürokratie. Wirtschaftlich wurde das Land schon nach dem Tod Nassers von dessen Nachfolger, Anwar as-Sadat, auf einen neoliberalen Kurs gebracht. Nach der Niederlage Ägyptens 1967 gegen Israel schwenkte Sadat auf einen pro-westlichen Kurs um. Im Gegenzug für Hilfen aus den USA setzte er auf eine Politik der „Infitah“ (Öffnung) und initiierte damit den neoliberalen Umbruch des ägyptischen Wirtschaftssystems. Infolge der ägyptischen Schuldenkrise 1982-1990 konnte der IWF weitere neoliberale Strukturprogramme durchsetzen. Die Folgen waren Liberalisierung der Kapitalströme, Privatisierung, Deregulierung, Kürzung von Sozialleistungen und Subventionen.<sup>3</sup>

Die versprochenen positiven Effekte traten erwartungsgemäß nie ein. Die ausländischen Investitionen waren geringer als erwartet und konzentrierten sich auf nicht-produktive Wirtschaftssektoren, unter anderem das Bankenwesen und den Tourismus. Die Folge war ein dramatischer Anstieg der Einkommensungleichheit sowie der Aufstieg einer kleinen Gruppe Klienten des Regimes, vorwiegend aus dem Militär, die von der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe profitierten und sich einen Anteil an Exporten aus Ägypten und an Investitionen und Spekulationen sicherten.<sup>4</sup> Nach der Ermordung Sadats setzte Mubarak die neoliberale Wirtschaftspolitik fort. Davon profitierte weiterhin nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung, die Armut der breiten Masse konnte damit nicht verringert werden.<sup>5</sup> Seit 2000 war das Wirtschaftswachstum Ägyptens im weltweiten Vergleich zwar überdurchschnittlich hoch, aber nicht nachhaltig. An den sozioökonomischen Entwicklungen lassen sich die Auswirkungen der von Europa geforderten und geförderten neoliberalen Wirtschaftspolitik deutlich erkennen. Das Wachstum war hauptsächlich auf global steigende Rohstoffpreise und Investitionen aus dem Ausland, insbesondere den Golfstaaten, zurückzuführen. Insgesamt stiegen die ausländischen Direktinvestitionen zwischen 2003 und 2007 von 0,3 Prozent des BIP auf 10,1 Prozent, zwei Drittel dieser Investitio-

nen gingen aber in den Erdöl- und -gassektor. Außer diesem verzeichneten auch der Tourismussektor und die Baubranche ein besonders starkes Wachstum.<sup>6</sup>

Von dem Wirtschaftswachstum profitierten wenige Eliten, während große Teile der Bevölkerung zunehmend verarmten: Schätzungen für

2010 gingen davon aus, dass 20% der Ägypter unter der Armutsgrenze von 2 Dollar pro Tag und Person lebten. 9,4% der Ägypter waren nach offiziellen Statistiken arbeitslos.<sup>7</sup> Für 2011 geht man offiziell von 12% Arbeitslosenquote aus.<sup>8</sup> Aufgrund des informellen Charakters des ägyptischen Arbeitsmarktes kann man allerdings von einer in Wahrheit deutlich höheren Arbeitslosenzahl ausgehen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der dringlichsten Probleme Ägyptens, insbesondere unter jungen Schulabgängern und jungen Akademikern. Hinzu kommt die Überlastung der Infrastruktur und der Sozial- und Schulsysteme.<sup>9</sup>

Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – der verheerenden sozialen Bilanz der Wirtschaftspolitik; dem weitgehenden Fehlen von Unternehmen, die in der Lage gewesen wären, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren;<sup>10</sup> einer als hochgradig korrupt und ineffizient geltenden Bürokratie<sup>11</sup> und eines mit zunehmender sozialer Ungleichheit wachsenden Sicherheitsapparats<sup>12</sup>, galt das Ägypten unter Mubarak als neoliberaler Vorzeigestaat.<sup>13</sup> Eben jene Politik aber befeuerte die Massenproteste, die im Februar 2011 zum Sturz Mubaraks führten: Bereits in den 90er Jahren hatte sich trotz aller Repression wieder eine politische Linke herausgebildet, die aus Unzufriedenheit über die Wirtschaftspolitik zusammen mit der Arbeiterbewegung Streiks und Proteste organisierte.<sup>14</sup> Zusätzlich verschärfen sich die Proteste in der Folge der Finanzkrise von 2008 - wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, da Ägypten kaum auf den internationalen Finanzmärkten aktiv war.<sup>15</sup> Allerdings stiegen 2009 die Preise von in Dollar gehandelten Waren inflationär an, was an der expansiven Geldpolitik der US Federal Reserve Bank lag, die damit auf die Wirtschaftskrise reagierte. Dies hatte Einfluss auf die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise, die trotz staatlicher Subventionen nach den Hungerprotesten 2008 nochmals um 30% anstiegen.<sup>16</sup> Neben einer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit der ägyptischen Wirtschaft und den steigenden Nahrungsmittelpreisen gilt die hohe Jugendarbeitslosigkeit als weitere wichtige Ursache der Massenproteste der letzten Jahre.<sup>17</sup>

### Die ENP in Ägypten – Wirtschaftsliberalisierung statt Demokratie

Auch wenn innenpolitische Faktoren für die soziale Ungleichheit definitiv mitverantwortlich waren, so hat die Politik der EU gegenüber Ägypten die bestehenden Probleme verstärkt. Im Folgenden werden die verschiedenen Forderungen und Maßnahmen, die vor allem auf wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Ebene das Land im Sinne der EU zurechtstellen sollten, ebenso wie ihre Folgen für die ägyptische Gesellschaft kurz vorgestellt.

### Europäisch-ägyptisches Assoziationsabkommen

Im Zuge der Neuordnung der europäischen Außenbeziehungen nach Lissabon schloss die EU 2004 mit Ägypten ein *Assoziationsabkommen* ab. In der Präambel wird die Bedeutung der Menschenrechte, der Charta der Vereinten Nationen und die Wichtigkeit von Demokratisierung und Stabilität betont, zur konkreten Umsetzung schweigt das Dokument allerdings weit-



Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der Erweiterungs- und Nachbarschaftskommissar Štefan Füle bei einem Ägyptenbesuch Ende 2012. Bild: Europäische Union

gehend. So wird nicht erläutert, wie die Demokratie in Ägypten gefördert werden soll. Der einzige vage Hinweis findet sich in Artikel 4. Dort heißt es: „Der politische Dialog soll alle Themen von gemeinsamem Interesse, und insbesondere Frieden, Sicherheit, Demokratie und regionale Entwicklung, abdecken.“<sup>18</sup>

Dieser politische Dialog soll auf verschiedenen Ebenen stattfinden, unter anderem auf der Ministerebene, aber auch durch Austausch, Expertise und technische Unterstützung auf unteren Verwaltungsebenen.<sup>19</sup> Was die EU unter Frieden und Sicherheit versteht, wird bei der Lektüre des Dokuments deutlich: Der Kampf gegen den Terrorismus, inklusive Austausch von Know How und Informationen,<sup>20</sup> und unter Titel IV, Kapitel I und II „Dialog und Kooperation in sozialen Angelegenheiten“, wird unter anderem großer Wert auf die Regulierung der legalen und „illegalen“ Migration gelegt.<sup>21</sup>

Sehr ausführlich geht das Abkommen auch auf wirtschaftliche Regelungen ein. Das Ziel ist die Liberalisierung der Handelsbeziehungen, insbesondere der freie Güterhandel, der ausgesprochen detailliert geregelt wird:<sup>22</sup> Beispielsweise wird für bestimmte Gütergruppen die jährliche Senkung der Zölle einzeln festgeschrieben. Innerhalb einiger Jahre sollen jegliche Zollschranken vollständig abgebaut werden.

Das Abkommen gestattet Ägypten zwar für junge Industrien oder Industriebereiche, die sich gerade in einem Umstrukturierungsprozess befinden oder aus anderen Gründen erheblich geschwächt sind, Zölle wieder einzuführen. Diese Möglichkeit wird aber sehr restriktiv geregelt und ist in der Regel auf einen Zeitraum von fünf Jahren beschränkt.<sup>23</sup> Ähnlich ausführlich ausgearbeitet wurden auch fischerei- und agrarwirtschaftliche Angelegenheiten, ökonomische Reformen und Kooperation, Regulierung des Finanzsektors, Dienstleistungen, Transport etc.

Überwacht wird das Abkommen und seine Umsetzung durch ein Association Council, der aus Vertretern der EU und Ägyptens zusammengesetzt ist.<sup>24</sup>

## Der Europäische Aktionsplan für Ägypten 2007

Im März 2007 trat im Rahmen der ENP der Aktionsplan für Ägypten in Kraft. Durch engere Beziehungen zwischen den beiden Staaten sollte eine „strategische Partnerschaft“ entstehen und Ägypten näher an die EU herangeführt werden.<sup>25</sup> Der Aktionsplan folgte damit den Kernprinzipien der EUROMED: ‚joint ownership‘, gemeinsame Interessen und geteilte Werte sowie Differenzierung.

Sehr deutlich wird bei diesem Aktionsplan, dass hier erneut europäische Interessen im Vordergrund stehen.

Unter den „Priorities for Action“ haben die meisten Punkte einen direkten oder indirekten Bezug zu Sicherheits- und Wirtschaftsfragen: Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern, sollen unterstützt und die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung vertieft werden. Die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien will man ebenfalls vorantreiben. Außerdem soll gemeinsam am Umweltschutz gearbeitet werden. Armut möchte man durch soziale Entwicklungsprogramme bekämpfen und die Gesundheitsversorgung verbessern.

Sehr viel deutlicher werden die europäischen Interessen bei der Formulierung der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Neben wirtschaftlicher Liberalisierung und Anpassung an den europäischen Markt werden vor allem die außen- und sicherheitspolitischen Themen detailliert behandelt: Die Zusammenarbeit im Nahost-Konflikt soll auf Basis gemeinsamer Werte verstärkt werden, ebenso wie der Dialog in allgemeinen Sicherheitsfragen zu Waffenkontrolle, Abrüstung und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen in Nahost. Verstärkt werden soll auch die Kooperation in Migrationsfragen und im Kampf gegen Waffen-, Menschen- und Drogenhandel. Weiterhin soll die Sicherheit von Transportwegen zu Wasser, zu Land und in der Luft durch satellitengestützte Überwachungssysteme garantiert

werden. Selbstverständlich ist auch eine Kooperation in der Terrorismusbekämpfung angedacht.<sup>26</sup>

In dem Zusammenhang stehen auch die in dieser Zeit aus der EU gelieferten Überwachungstechnologien gegen Terrorismus und Organisiertes Verbrechen. Diese wurden allerdings vom ägyptischen Regime auch dazu genutzt, Internet und Medien zu kontrollieren und die politische Opposition zu unterdrücken.<sup>27</sup> Gleichzeitig unterstützte die Hilfe für den Auf- und Ausbau der inneren Sicherheitsdienste eine Machtverschiebung innerhalb des ägyptischen Machtapparats.

Das Mubarak-Regime setzte seit Anfang der 90er Jahre verstärkt auf Geheimdienste und Polizei, um seine Macht zu sichern weniger auf das Militär. Mit diesem entstanden zunehmend Konflikte über die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes. Insbesondere die liberale Wirtschaftspolitik, angestoßen von Mubaraks Sohn und potentiellm Nachfolger, Gamal Mubarak, widerstrebte den Interessen des Militärs.<sup>28</sup> Dieses profitierte nicht nur von einem starken militärisch-industriellen Komplex, sondern ebenso von der Korruption im Land und zunächst auch von der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Zum Beispiel eigneten sich Offiziere und Generäle Immobilienprojekte und Einkaufsmeilen an oder wurden nach ihrer Zeit in der Armee mit hochrangigen Management-Posten ausgestattet.<sup>29</sup> Dementsprechend standen die alten militärischen Eliten des Regimes der neuen Generation von der Geschäftswelt nahestehenden Klienten, die im Gefolge Gamal Mubaraks in politische Positionen drängte, kritisch gegenüber. Diese neue Generation war noch radikaler in ihrer Privatisierungspolitik und hatte weniger Skrupel, nationale Vermögenswerte zu verkaufen.<sup>30</sup> Eine Schwächung des Militärs dürfte dabei durchaus im Interesse Gamal Mubaraks gewesen sein. Inwieweit die EU diese Machtverschiebung bewusst unterstützte, kann nur vermutet werden.<sup>31</sup>

Wirtschaftlich sollte laut EU-Aktionsplan die Integration Ägyptens in den europäischen Binnenmarkt durch Liberalisierung des Handels, insbesondere mit Dienstleistungen und landwirtschaftlichen Gütern, erreicht werden. Dazu heißt es im Aktionsplan: Gefördert werden soll der „Aufbau der Kapazitäten zur Schaffung eines nachhaltigen Wachstums und einer nachhaltigen Beschäftigung durch weitere Verbesserung der Entwicklungsbedingungen für die Privatwirtschaft, Förderung des Investitionsklimas und beschleunigte Durchführung des Privatisierungsprogramms. Parallel dazu sollten Maßnahmen zur Verbesserung von Bildung und Ausbildung durchgeführt werden, die auch von der EU unterstützt werden.“<sup>32</sup> Zu dem sensiblen Bereich der Liberalisierung im landwirtschaftlichen Bereich heißt es, man strebe die „Fortsetzung der Liberalisierung des Handels mit Agrar- und Fischereierzeugnissen und landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen gemäß dem Europa-Mittelmeer-Fahrplan für die Landwirtschaft und im Einklang mit den Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz vom Mai 2005 in Luxemburg“ an.<sup>33</sup> Makroökonomisch sollte der Privatsektor gestärkt und das Finanzsystem reformiert werden. Erklärtes Ziel war die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Schaffung von Anreizen für ausländische Investitionen. Auch wollte man durch Fortbildungen der Arbeiter, neue Technologien, Expertenwissen aus Europa und Innovationen die Industrie international wettbewerbsfähig machen. Weiterhin war vorgesehen, das Steuersystem zu reformieren und das Management der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Der Handel innerhalb der Region sollte gefördert werden, um weitere Investitionsmöglichkeiten für ausländische Investoren zu schaffen. Da Europa nach neuen Quellen für den Energieimport sucht, um so die Abhängigkeit von einzelnen Bezugsorten zu reduzieren,<sup>34</sup> sollte zuletzt auch die Zusammenar-

beit in Energiefragen verstärkt und die Versorgung Europas mit ägyptischem Gas sichergestellt werden.<sup>35</sup>

Ungeachtet der vielen wohlklingenden Phrasen profitierte von den Reformen offensichtlich vor allem der Außenhandel Europas mit Ägypten. Zwischen 2004 und 2010 stieg der Handelsbilanzüberschuss der EU von 3,3 Milliarden auf 7,6 Milliarden Euro und befindet sich nach einem starken Einbruch im Jahr der Revolution 2011 im Folgejahr 2012 wieder bei einem Wert von 7,9 Milliarden Euro.<sup>36</sup> In der gesamten Mittelmeerregion erzielte die EU 2012 einen Außenhandelsüberschuss von 45,1 Milliarden Euro.<sup>37</sup> Ganz abgesehen davon ist zu hinterfragen, ob die Instrumente und Methoden der ENP überhaupt geeignet gewesen wären, einen irgendwie gearteten positiven Einfluss auf den ägyptischen Staat und das Regime Mubarak zu nehmen, schließlich widersprachen viele der auf dem Papier angestrebten Maßnahmen ganz grundsätzlich den Interessen der ägyptischen Machtelite – ein Problem, das der EU nicht unbekannt gewesen sein sollte:

Entsprechend dem Europäischen Aktionsplan sollte in Ägypten Steuerung und Regierungsführung nach „europäischen Maßstäben“ implementiert werden, das heißt Kontrolle, Evaluation, Transparenz, Hinzuziehung von Experten aus gesellschaftlichen Gruppen, NGOs oder der Wissenschaft sowie Effizienzsteigerung und Reform des öffentlichen Sektors.<sup>38</sup> Diese Politik war jedoch völlig unvereinbar mit dem politischen und bürokratischen System Ägyptens. Grundsätzlich war von ägyptischer Seite eine europäische Beeinflussung der unteren politischen Beamten und Verwaltungsebenen unerwünscht. Jegliche Kontakte zu europäischen Institutionen wurden zentral durch das ägyptische Außenministerium gesteuert, indem einige wenige Beamte sämtliche europäische Aktionen im Land überwachten und regulierten.<sup>39</sup> Die Ministerien und ihre Verwaltungen waren streng hierarchisch gegliedert. Informationen wurden von der Führungsebene des Außenministeriums gefiltert und partiell nach unten weitergereicht. Ebenso wurden Aufgaben zentral durch das Außenministerium vergeben. Die untergeordneten Ministerien und Beamte waren in der Regel nur teilweise über Zusammenhänge und Sinn ihrer Aufgaben informiert. Das Gleiche galt für regimenahe NGOs.<sup>40</sup>

Aber auch hinsichtlich wirtschaftlicher Reformen war die Umsetzung der europäischen Programme in Ägypten alles andere als unproblematisch. Obwohl das Land Wert auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa legte und insbesondere unter der Leitung des Präsidentensohns Gamal Mubarak die Wirtschaft liberalisierte, entsprachen die von Europa angedachten Implementationsprozesse, die tiefgehendes Eingreifen in den Machtapparat zur Folge gehabt hätten, genauso wenig dem Interesse des Regimes wie Inhalte, die auch nur im Ansatz zu politischer Liberalisierung hätten führen können.<sup>41</sup>

Auch die Europäische Kommission gibt dementsprechend in ihrem Fortschrittsbericht für 2011 eine gemischte Bewertung ab: Der geringe Fortschritt bei strukturellen Reformen wird mit der Unsicherheit, die durch den Sturz des Mubarak-Regimes entstanden sei, entschuldigt.<sup>42</sup>

Der Fortschrittsbericht thematisierte dann auch die Entwicklungen nach der Revolution in Ägypten. Die politische Lage wird von der Kommission als problematisch eingeschätzt. Beanstandet wird ein mangelnder Respekt für die Menschenrechte durch das Militär, die Reform des Sicherheitsapparates, die lediglich „kosmetisch“ sei, sowie mangelnde Religionsfreiheit und fehlender rechtlicher Schutz für Frauen und Kinder. Außerdem wird die Verfolgung internationaler NGOs kritisiert.<sup>43</sup>

Positiv nimmt der Bericht die Wahlrechtsreform, die Bemühungen um Parlamentswahlen und die Arbeit an einer neuen Verfassung zur Kenntnis. Außerdem sei Ägypten weiterhin ein „aktiver



Partner“ im Nahost-Friedensprozess sowie in der Libyenkrise.<sup>44</sup> Zur wirtschaftlichen Lage stellte der Report fest, dass das jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens durch die Revolution um 4,2% gesunken, während die Arbeitslosigkeit auf 12,4% angestiegen sei. Fiskalpolitisch sei Ägypten zunehmend von externen Geldgebern abhängig.<sup>45</sup>

In Bezug auf Handel und Marktformen ist die EU laut dem Fortschrittsbericht immer noch Ägyptens größter Handelspartner. Trotzdem hat Ägypten den Handel mit bestimmten Gütern durch protektionistische Maßnahmen eingeschränkt. In Feldern wie Firmenrecht, Liberalisierung von Dienstleistungen oder der öffentlichen Auftragsvergabe seien keine Fortschritte zu verzeichnen.<sup>46</sup>

Im Bereich „Recht, Freiheit und Sicherheit“ kooperiert Ägypten laut EU-Bericht im Kampf gegen Drogenhandel und internationales Verbrechen und im Rahmen des UNHCR in der Flüchtlingshilfe.<sup>47</sup>

Auffallend ist, dass die neuen ägyptischen Autoritäten sehr zurückhaltend in ihrer Kooperationsbereitschaft mit der EU waren. So hält der Report fest, dass die ägyptischen Autoritäten bislang sowohl Verhandlungen zu einer Freihandelszone, genauer gesagt ein tief greifendes und umfassendes Freihandelsabkommen, als auch Europas Angebot zu einem Dialog über Mobilität, Migration und Sicherheit ausgeschlagen hätten.<sup>48</sup> Um in diesen Bereichen künftig größere „Erfolge“ zu erzielen, wurde die ENP nach Ausbrechen der Revolutionen im südlichen Mittelmeerraum überarbeitet. [...]

### Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel?

Die neue ENP ist als Anpassungsversuch Europas an die dramatischen Veränderungen der nordafrikanischen Verhältnisse im Zuge des arabischen Frühlings zu sehen. Der thematische Schwerpunkt der europäischen Nachbarschaftspolitik lag sehr deutlich auf Wirtschaft und Sicherheit. Aus Eigeninteresse hatte man auf die autoritären Regime Nordafrikas gesetzt. Dies erwies sich nach dem arabischen Frühling als strategischer Fehler. Die Aufstände richteten sich gegen eben diese Politik und Regime, die von Europa unterstützt wurden. Mit ihrem neuen Ansatz versucht Europa nun verstärkt den Bevölkerungen der südlichen Nachbarstaaten ihre Politik besser zu verkaufen, die politischen Machthaber in der Region stehen nun nicht mehr alleine im Mittelpunkt der europäischen Einflussnahme. Wie man anhand Ägyptens aber erkennen kann, handelt es sich hier im Wesentlichen nur um kosmetische Änderungen. Lediglich rhetorisch wurde die Nachbarschaftspolitik reformiert. Demokratie, Menschenrechte, bürgerliche Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit spielen nun in den offiziellen Verlautbarungen eine prominentere Rolle. Gleichzeitig findet auch eine Annäherung an die neuen Eliten statt.

Anfangs schienen in Ägypten die Muslimbrüder hierfür als die bevorzugten westlichen Partner zu gelten. Dies war auch wenig verwunderlich, denn wie das Programm der politischen Partei der Muslimbrüder beweist, verfolgen sie ein Wirtschaftsmodell, das vergleichbar ist mit den europäischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen.<sup>49</sup> Aus diesem Grund waren sie auch bereit, die neoliberale Politik des Mubarak-Regimes fortzusetzen.<sup>50</sup> Als es allerdings vor allem aufgrund der fatalen sozialen Folgen dieser Politik erneut zu Massenprotesten kam, verlor Mursi auch im Westen an Unterstützung. Nachdem es jedoch das – stark von den USA abhängige – Militär war, das im Juli 2013 gegen Mursi putschte, gehen Beobachter nicht davon aus, dass sich die ägyptische Politik auch unter dessen Nachfolger substantiell ändern wird.<sup>51</sup>

Auch die neue ENP steht jedenfalls klar in der Tradition der eurozentristischen Vorgängerprogramme. Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der EU scheinen weiterhin die tatsächliche Motivation der Nachbarschaftspolitik zu sein. Den Nachbarstaaten werden nicht nur allgemeine Werte und Normen vorgegeben, sondern Europa mischt sich mit konkreten Forderungen in eine Vielzahl von Politikbereichen ein.<sup>52</sup> Beispiele sind Erwartungen an die Eindämmung der illegalen Migration, Kooperation in Sicherheitsfragen und die Einführung einer liberalen Marktwirtschaft mit möglichst geringen Handelsbeschränkungen für europäische Waren und Dienstleistungen. Die Nachbarstaaten werden dabei weiterhin eher belehrt denn als echte Partner einbezogen. Auch die „gemeinsamen Werte“ werden nicht ausgehandelt, sondern sind in den Strategiepapieren vorgegeben.<sup>53</sup> Insgesamt aber und gerade auch in Ägypten, sind die Erfolge der Europäischen Nachbarschaftspolitik als eher gering einzuschätzen – zumindest wenn als Gradmesser nicht allein neoliberale Umstrukturierungen herangezogen werden.

Es ist also nicht zu übersehen, dass die EU ihren imperialen Kurs gegenüber ihren Nachbarstaaten fortsetzt. Eine wirkliche Partnerschaft liegt nicht im europäischen Interesse. Stattdessen wird ein Zentrum-Peripherie Verhältnis gepflegt. Zum Vorteil des europäischen Zentrums soll die Peripherie als Absatzmarkt, Investitionszone, Rohstofflieferant und Sicherheitsgürtel, als „Ring von Freunden“ zur Abwehr von Terrorismus und „illegaler“ Migration dienen. Welcher Machthaber auch immer im Interesse dieser Ziele handelt, wird wohl auch in Zukunft die Unterstützung Europas erhalten. In Anbetracht der Tatsache, dass die EU auch mit ihrem Neuentwurf der Nachbarschaftspolitik eine neoliberale Politik postuliert, die in Ägypten schon seit Dekaden systematisch gescheitert ist, muss man annehmen, dass Europa auch in Zukunft allenfalls im eigenen Interesse versuchen wird, auf Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung sensibler zu reagieren. Die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheiten in den Nachbarländern werden in den europäischen Planungen wohl weiterhin nur eine untergeordnete Rolle spielen.

### Anmerkungen

- 1 Bauer, Patricia: The Transition of Egypt in 2011: A New Springtime for the European Neighbourhood Policy?, in: Perspectives on European Politics and Society, Vol. 12 (4), 420-439, S. 422.
- 2 Maher, Stephen: The Political Economy of the Egyptian Uprising, in: Monthly Review 2011/11/01.
- 3 Maher: The Political Economy of the Egyptian Uprising 2011/11/01.
- 4 Hibbard, Scott, Layton, Azza Salama: The origins and future of Egypt's revolt, in: Journal of Islamic Law and Culture, Vol.12, No. 3, October 2010, S. 197-214, S. 200.
- 5 Hibbard, Layton: The origins and future of Egypt's revolt, S. 202.
- 6 Loewe, Markus: Großes Potential, schlechte Umsetzung ... und wie Ägypten die Produktivität seiner Ökonomie verbessern kann, in: IP Länderportrait Ägypten, März/April 2012, S.4-13, S. 5.
- 7 Armbrust, Walter: A revolution against neoliberalism? 24.02.2011 (<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/02/201122414315249621.html>).
- 8 European Neighbourhood Policy Countries, Essential macroeconomic indicators, Eurostat 2013([http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-31-12-332/EN/KS-31-12-332-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-31-12-332/EN/KS-31-12-332-EN.PDF)), S. 4.
- 9 Angenendt, Steffen, Popp, Silvia: Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern, Trends, Ursachen und Möglichkeiten für entwicklungspolitisches Handeln, in: SWP-Aktuell (Juni 2012) S. 3.
- 10 Loewe: Großes Potential, schlechte Umsetzung, S. 9.
- 11 IP Länderportrait Ägypten, Ägypten von A-Z, S. 20. Ägypten liegt im Korruptionsindex von 2011 auf Platz 112 von 182: <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>.
- 12 Hibbard, Layton: The origins and future of Egypt's revolt, S. 204.

- 13 Arab Republic of Egypt—2010 Article IV Consultation Mission, Concluding Statement, Cairo, February 16, 2010 (<http://www.imf.org/external/np/ms/2010/021610.htm>).
- 14 Hibbard, Layton: The origins and future of Egypt's revolt, S. 206.
- 15 Loewe: Großes Potential, S. 6.
- 16 Maher: The Political Economy of the Egyptian Uprising, 2011/11/01.
- 17 Angenendt, Popp: Jugendarbeitslosigkeit , S. 4.
- 18 EU-Mediterranean Agreement ([http://eeas.europa.eu/egypt/aa/06\\_aaa\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/egypt/aa/06_aaa_en.pdf)), S.6 (eigene Übersetzung).
- 19 Ebd., S.7.
- 20 Ebd., S.44.
- 21 Ebd., S. 47ff.
- 22 Ebd., S. 8ff.
- 23 Ebd., S. 14.
- 24 Ebd., S. 55.
- 25 EU/Egypt Action Plan 2007, S.1.
- 26 EU/Egypt Action Plan 2007, S. 8ff.
- 27 Bauer: The Transition of Egypt, S. 428.
- 28 Marischka, Christoph: Ägypten: Revolution und Putsch vom Sicherheitssektor her gedacht, S. 252.
- 29 Armbrust, Walter: A revolution against neoliberalism? 24.02.2011 (<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/02/201122414315249621.html>).
- 30 Hibbard, Layton: The origins and future of Egypt's revolt, S. 209.
- 31 Marischka: Ägypten, S. 252-253.
- 32 Aktionsplan EU-Ägypten 2007, S. 13 ([http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/egypt\\_enp\\_ap\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/egypt_enp_ap_final_de.pdf))
- 33 Ebd., S. 19
- 34 Bauer: The Transition of Egypt, S. 428.
- 35 EU/Egypt Action Plan 2007, S. 3-5.
- 36 Quelle: Eurostat, Internationaler Handel, langfristige Indikatoren.
- 37 Quelle: Eurostat.
- 38 EU/Egypt Action Plan 2007, S. 6.
- 39 Bauer: The Transition of Egypt, S. 428.
- 40 Ebd., S. 428.
- 41 Ebd., S. 426.
- 42 JOIN(2012) 14 final, ENP Country Progress Report 2011 – Egypt, S. 1.
- 43 JOIN(2012) 14 final, S. 3.
- 44 Ebd., S. 2.
- 45 Ebd., S. 2.
- 46 Ebd., S. 3.
- 47 Ebd., S. 3.
- 48 Ebd., S. 1.
- 49 "Auch die Muslimbrüder wollen eine freie Marktwirtschaft", Interview mit Magda Kandil vom Egyptian Center for Economic Studies, IP Länderportrait, März/April 2012; Achcar, Gilbert: Extreme capitalism of the Muslim Brothers, Le monde diplomatique (June 2013).
- 50 Dementsprechend vorsichtig ging auch der Fortschrittsbericht vom 20.03.2013 mit Ägypten ins Gericht. Probleme im Demokratisierungsprozess und Proteste gegen die neue Regierung wurden zwar erwähnt, aber nicht wirklich angeprangert. Stattdessen beließ es der Bericht bei mehr oder weniger allgemeinen Empfehlungen für den ägyptischen Staat zum weiteren Vorgehen. SWD(2013) 89 final ([http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013\\_enp\\_pack/2013\\_progress\\_report\\_egypt\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013_enp_pack/2013_progress_report_egypt_en.pdf)), S. 2ff.
- 51 Chossudovsky, Michel: Was Washington Behind Egypt's Coup d'Etat? Global Research, 04.07.2013.
- 52 Behr, After the Revolution, Executive Summary.
- 53 Brand, Die Europäische Nachbarschaftspolitik, S. 1004.

## Rezension „Krieg beginnt hier. Zur Militarisierung der Bundesrepublik nach Außen und Innen.“

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. veröffentlichte im Mai dieses Jahres die Informationsbroschüre: Krieg beginnt hier. Zur Militarisierung der Bundesrepublik nach Außen und Innen. Die kleine Broschüre gibt einen informativen Überblick über aktuelle Ereignisse und Prozesse, durch welche die zunehmende äußere und innere Militarisierung Deutschlands forciert werden.

Die Bundeswehr wird insbesondere für die kommenden Einsätze im Rahmen des Militärbündnis NATO und der EU zunehmend qualitativ aufgerüstet: „Die ‚Effizienz‘ des Soldaten, seine Vernichtungskraft, [wird] gesteigert“ (S. 7). Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 geben Auskunft über die Zwecke der Bündnisse sind: „Nationale Interessen wahren“ und „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen [...] ermöglichen“ (S. 9). Die Zeichen stünden auf Konfrontation und nationalistisch inspirierter Aufrüstung. Als größter Waffenexporteur Europas bewaffne Deutschland gemäß der Merkel-Doktrin seine „strategischen Partner“ wie Saudi-Arabien. „Der militärisch-industri-

elle Komplex läuft von der Politik gestützt und wie geschmiert“ (S. 19).

Neben der äußeren Umrüstung zur „effizienten“ Interventionsarmee verstärkt die Bundeswehr auch ihr innenpolitisches „Engagement“. Durch ausgeweitete Werbung an Schulen und Initiativen wie dem Veteranentag oder der Einsatzmedaille Gefecht sollen gesellschaftliche Akzeptanz und „Solidarität mit den Soldaten“ gefördert werden (S. 28). Eine folgenreiche Uminterpretation des Grundgesetzes vollzöge sich durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im vergangenen Jahr, nach der erstmals seit Verfassungseinsetzung 1949 neue Kompetenzen für den Einsatz im Inneren gegeben und die Trennung von Militär und Polizei massiv untergraben werden. Die abstrakte und vermeintlich latente Bedrohung Terrorismus diene einmal mehr als Legitimation der vorangetriebenen äußeren und inneren Militarisierung.

Der Autor Martin Singe versteht es in der Broschüre, die teils schleichende teils offene Militarisierung in einen weiten Kontext zu stellen. Zur Delegitimierung des Militärs gehöre demnach auch, „die Kriegsursachen, die vor allem von den

westlichen Industrienationen befördert werden, aufzudecken und an Alternativen zu arbeiten: vor allem alternative Wirtschaftsformen, denn „Kriegs-, Hunger- und Armutsflüchtlinge sind die andere Seite der Medaille der ruinösen Ausbeutungspolitik des herrschenden Kapitalismus“ (S. 41).

Lukas Renz

